Sonntag, den 15. Februar 1925

Lodzer Volkszeitung

Einzelnummer: 25 Groschen.

Nr. 20. | Erscheint 3mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellen-Gesuche 50%, -Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag. | Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Zamenhofa 17, III-16. Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5—6 Uhr. Telephon des Schriftleiters: 28-45. | Der Abonnementspreis für den Monat Februar beträgt Zloty 2,40, wöchentlich 60 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich. | 3. Jahrg.

Barmat und die Deutsche Sozialdemokratie.

Wellen von Schmutz ergießen sich über Deutschland. Der Skandal beherrscht die Szene. Kein Tag ohne Enthüllungen. Jede Partei, jede Zeitung beschuldigt den politischen Gegner schmutziger Korruption. Führende Männer des Reiches, gegenwärtige und ehemalige Reichsminister sind gewinnsüchtiger Begünstigung schmutziger Geschäfte überführt. Keine Partei bleibt von der Schmutzwelle unberührt. Sozialdemokraten, katholische Zentrumsleute, Volksparteiler — Männer aller Parteien sind unter den Kompromittierten.

Es ist eine moralische Zerrüttung der Inflationszeit, was jetzt in Deutschland in Skandalen ohne Ende liquidiert wird. Damals, als die Mark in jähem Niedergang bis auf ein Millionstel ihres Friedenswertes hinunterstürzte, als die Banknoten in der Brieftasche, die man um acht Uhr früh eingesteckt, bis drei Uhr nachmittag die Hälfte ihres Wertes verloren hatten, als das Papiergeld zu nichts zerrann: damals hat sie die Menschen mit entsetzlichster Wucht gepackt, die „verruchte Gier nach dem Golde", damals ist Deutschland in jenen Zustand gestürzt, den der Chronist der Geldentwertungszeit des sechzehnten Jahrhunderts schildert, in den Zustand, „in dem alles feil wurde: die Macht der Männer, die Ehre der Frauen und selbst das ewige Seelenheil."

Und dennoch, so viel die Wirtschaftskatastrophe auch erklären mag: die psychologische Erklärung kann die Erschütterung nicht bannen, die jeden Sozialdemokraten der Welt in dem Augenblick befallen hat, in dem er vernahm, daß ein Mann wie Gustav Bauer, ein Mann, der einer der führenden Männer der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und der später Reichskanzler der deutschen Republik gewesen ist, in unvertretbaren, schmutzigen Beziehungen zu dem Chef eines der größten kapitalistischen Konzerne Deutschlands gestanden hat, daß ein führender Sozialdemokrat seinen politischen Einfluß zugunsten kapitalistischer Geschäfte auf Kosten des Staates mißbraucht hat. Soll es uns beruhigen, daß auch so und so viele Stresemänner und Zentrumsmänner gleicher Korruption verfallen sind? Ach nein! Daß Bourgeois-Politiker den Kapitalisten Geschäfte zuwenden, daß Bourgeois-Zeitungen von den Kapitalisten Geld nehmen, daß Bourgeois-Parteien korrupt sind, das ist wahrlich nichts Unerhörtes. Aber die Sozialdemokratie, die Partei des Proletariats, die Todfeindin des Kapitalismus, sie war immer und überall rein. Und kein Glied unserer weltumspannenden Internationale hat über seine Reinheit ängstlicher, puritanischer gewacht, als die große deutsche Sozialdemokratie, die Partei, die unter der Führung eines Mannes von der sittlichen Reinheit und Größe August Bebels groß und mächtig geworden ist.

Im Jahre 1918 haben einige deutsche Sozialdemokraten in Holland den Herrn Barmat kennen gelernt. Er wurde ihnen von einem niederländischen Genossen als Parteigenosse vorgestellt und empfohlen. Barmat war damals schon ein reicher Mann. Daß ein reicher Mann Sozialdemokrat wird, kommt höchst selten vor; aber es kann natürlich vorkommen. Heute, da Barmat unter dem schweren Verdacht eines Betruges an der preußischen Staatsbank steht, möchte die deutschnationale Presse jeden, der 1919 oder 1920 mit Barmat verkehrt hat, als einen korrupten Menschen hinstellen. Aber die Genossen, denen Barmat von einem holländischen Sozialdemokraten, dessen Ehrenhaftigkeit über jeden Zweifel erhaben ist, empfohlen worden war, konnten in den Jahren 1919 und 1920 natürlich nicht voraussehen, daß Barmat fünf Jahre später eines Verbrechens beschuldigt werden wird. Wenn einer oder der andere von ihnen damals, vor fünf Jahren, dem Barmat, den er für einen ehrenhaften Menschen und für einen Parteigenossen hielt, bei der Erlangung eines Paßvisums geholfen oder von ihm gar damals, in der Zeit der Hungersnot, ein Liebesgabenpaket mit fünf Kilogramm Mehl angenommen hat, so ist es lächerlich, ihnen jetzt daraus einen Vorwurf zu machen. Aber später wurde das ganz anders. Später wurde es doch sichtbar, daß Barmat in Deutschland große Geschäfte machte. Später hat es Barmat offensichtlich versucht, die ursprünglich harmlosen persönlichen Verbindungen, die er zu einigen deutschen Genossen angeknüpft hatte, seinen Geschäften dienstbar zu machen.

Ein Mann ist den Versuchungen, die von Barmat ausgingen, erlegen: Gustav Bauer. Diese Tatsache an und für sich ist, so traurig sie auch ist, doch noch keine Tatsache von politischer Bedeutung; es kann sich natürlich in jeder großen Partei ereignen, daß einer ihrer Angehörigen demoralisiert wird. Aber wie konnte es geschehen, daß die Partei den moralischen Fall Gustav Bauers nicht früher schon erkannt, daß sie die Einflüsse, die von Barmat ausgingen, nicht früher durchschaut, daß sie sich Gustav Bauers nicht entledigt hat, bevor die Deutschnationalen seine Schmach zur Waffe gegen die Partei machen konnten?

Schon vor Monaten ist bekannt geworden, daß Heilmann, ein hervorragender sozialdemokratischer Abgeordneter, Verwaltungsrat in verschiedenen Gesellschaften des Barmat-Konzerns geworden ist. Wie war es möglich, daß die Partei Heilmann nicht sofort vor die Wahl zwischen seinem Mandat und seiner Verwaltungsratsstellen gestellt hat? Gewiß, auch ein Sozialdemokrat kann Mitglied eines Verwaltungsrates sein; nämlich dann, wenn er von einer Gemeinde, von einer Genossenschaft, von einem Betriebsrat oder einer Gewerkschaft in einen Verwaltungsrat delegiert ist, um dort die Interessen einer dieser Organisationen zu wahren.

Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat früher die Distanz zwischen sich und der kapitalistischen Welt am sorgfältigsten gewahrt. Aber in den letzten Jahren hat sie die Zügel schleifen lassen. So wurden schließlich Dinge möglich, wie

Das geheimnisvolle Konkordat.

Die Regierung weiß nicht, was Herr Stanislaw Grabski unterzeichnet hat.

Nachdem die Nachricht von der Unterzeichnung des Konkordats Polens mit dem Vatikan bekanntgeworden ist, bestürmten Pressevertreter die Regierung, um zu erfahren, was das Konkordat eigentlich enthalte und welche Vorteile Polen aus diesem Vertrage haben werde. Die Frage blieb jedoch unbeantwortet, da die Regierung absolut gar nichts weiß, was der Vertrag enthält.

Diese Art der Vollmachtenerteilung an Herrn Stanislaw Grabski ging selbst den gemäßigten Blättern über die Hutschnur. Mit Recht stellen sie fest, daß es ein Skandal sei, einen Vertrag durch den Regierungsvertreter unterzeichnen zu lassen, ohne überhaupt nur zu wissen, ob das Abkommen günstig oder ungünstig für den Staat sei.

Die Rechtspresse weiß nur zu berichten, wie die Unterzeichnung stattgefunden habe: An einem mit rotem Tuch gedeckten Tische nahmen die Delegierten Platz. Kardinal Gaspari verlas das Konkordat, und Skrzynski, Grabski und Gaspari unterzeichneten es. Nach der Unterzeichnung begaben sich die Versammelten zu einer päpstlichen Audienz. Der Papst segnete Polen und verlieh Herrn Grabski eine Auszeichnung. Das Konkordat wurde in Rom nicht bekanntgegeben. Es ist umfangreicher als das mit Bayern. In römischen Kirchenkreisen ist man angenehm überrascht, daß man so schnell zur Einigung kam.

Kein Wort aber über den Inhalt. Kein Wort davon, wer eigentlich gut und wer schlecht abgeschnitten hat. Oder sollten beide Teile zufrieden sein? Wenn es sich bei dem anderen Teil nur um Herrn Grabski und Skrzynski handeln würde, so sind diese zwei Herren bestimmt zufrieden. Ihre Arbeit im Eiltempo beweist dies.

Die „Chaderja", die der Kirche besonders nahe steht, vermutet, daß das Konkordat nachstehende Fragen grundsätzlich regelt:

1. Die Angelegenheit der Abgrenzung der Diözesen und Parochien unter Anpassung an die administrative Einteilung des polnischen Staates.
2. Die Angelegenheit der Kirchengüter und Ländereien.
3. Die Angelegenheit der uniierten Kirche.
4. Die Angelegenheit der Besoldung der Geistlichkeit.

Die letzten drei Fragen sind nicht so unwichtig, als daß man sie, ohne den Sejm zu befragen, unterzeichnen kann. Seit langer Zeit kämpft der Sejm sowohl um die ganze oder teilweise Requirierung der Kirchengüter wie auch über die Regelung der Frage der uniierten Kirche. Aber auch die Besoldungsfrage ist nicht minder wichtig, denn hier geht es um das Staatssäckel und um die Tasche aller Bürger.

Herr Grabski hat durch seine Geheimnistuerei dem Konkordat keine glänzende Einleitungsreklame gemacht. Die ablehnende Haltung der linken Seite des Sejm wird dadurch noch mehr gestärkt. Wenn auch Polen keinen Herriot hat, der trotz des Geschreis der Rechten mit Rom bricht, so dürfte die Ratifizierung des Konkordats trotz der hierfür bereits vorhandenen Mehrheit keine leichte Arbeit sein.

Welche Lasten dem Staat aber damit aufgebürdet werden, läßt sich heute allerdings noch nicht feststellen.

die Verwaltungsratsstellen Heilmanns. Die moralisch Schwächsten, die es schließlich in jeder großen Partei gibt, waren vordem durch die streng festgehaltene starre Abgrenzung gegen die kapitalistische Welt von allen Versuchungen bewahrt; sobald diese starre Abgrenzung beseitigt war, waren sie Versuchungen ausgesetzt, die die Partei schließlich nicht mehr zu kontrollieren vermochte. Wie das gekommen ist? Man kann es unschwer verstehen. Seit mehr als sechs Jahren lebte die deutsche Sozialdemokratie in der steten Zwangslage, mit Bourgeoisparteien zusammen regieren zu müssen, um die Republik zu verteidigen und außenpolitische Notwendigkeiten durchzusetzen. In ständiger Koalition mit bürgerlichen Parteien hat sie jene starre Abgrenzung von ehedem nicht festhalten können.

Jetzt aber ist diese Tragik vorüber. Die Partei hat, sobald Gustav Bauers Schuld festgestellt war, ihn sofort zur Niederlegung aller seiner Mandate gezwungen. Die Eiterbeule ist aufgestochen. Die Koalition besteht nicht mehr; und daß die Deutschnationalen die Skandalaffären benützen, jede Erneuerung der Koalition für absehbare Zeit unmöglich zu machen, wird die Gesundung der Partei nur fördern. Endlich von den Fesseln der Koalition befreit, endlich wieder in Opposition gegen die ganze kapitalistische Welt, wird die Partei die notwendige scharfe Abgrenzung gegen die Welt des Kapitals unschwer wiederherstellen. Durch die Erfahrung des Falles Gustav Bauer bekehrt, wird sie, des sind wir gewiß, dafür Sorgen, daß fortan wieder wie einst starre, wohlbehütete Grenzen jeden Sozialdemokraten vor der Versuchung bewahren, in den Schmutz der kapitalistischen Gesellschaft hinabzusinken.

Die deutsche Partei hat seit 1918 Furchtbares erlitten. Die moralische Erschütterung des Falles Gustav Bauer ist der Abschluß dieser tragischen Periode der demoralisierenden Wirkungen der Inflation und der Koalition. Aber trotz all den Wunden, die ihr ein Kampf unter den tragischsten Bedingungen geschlagen hat, — sie ist trotz alledem die alte deutsche Sozialdemokratie, trotz alledem die Partei August Bebels, trotz alledem der Schirm und Schutz der deutschen Arbeiterklasse. In ihren schwersten Stunden fühlen wir es am stärksten, wie viel sie uns ist. Darum wünschen wir ihn, daß es ihr gelinge, in geschlossener Einheit, mit rücksichtsloser Strenge, aber auch mit weiser Besonnenheit, die Periode der Inflation und der Koalition zu liquidieren; die Partei von all denen zu reinigen, die den Versuchungen der wirrenreichen Nachkriegszeit erlegen sind. W. A.

* * *

Ausschließung Bauers.

Der engere Bezirksvorstand der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation hat zum Fall des früheren Reichskanzlers und Abgeordneten Gustav Bauer folgenden Beschluß gefaßt.

„Der engere Bezirksvorstand ist der Ueberzeugung, daß das Verhalten des Genossen Bauer gegenüber der Partei einen so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß die Voraussetzungen des § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind. Er hält deshalb die weitere Zugehörigkeit des Genossen Gustav Bauer zur Partei für unmöglich."

Dieser die Ausschließung Bauers aus der Partei fordernde Beschluß ist dem erweiterten Vorstand zur Annahme empfohlen worden.

* * *

Höfle verhaftet.

Der frühere Reichspostminister und Zentrumsabgeordnete Dr. Höfle ist verhaftet worden. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er sich für Dienste, die er Barmat geleistet hat, mehrfach „Vergütigungen" auszahlen ließ.

Auch der Zentrumsabgeordnete Lange-Hegermann soll verhaftet werden. Die Zentrumsfraktion soll ihn bereits zur Mandatsniederlegung gezwungen haben.

Grabski rechnet auf weitere drei Monate.

Gestern stellte Premierminister Grabski in einer Unterredung mit Marschall Rataj fest, daß das Budget zum Termin des 1. März nicht fertiggestellt sein wird, weswegen die Regierung ein weiteres Provisorium für drei Monate beantragen wird. Rataj hat dagegen Hoffnung, zum Termin fertig zu werden, was jedoch von den Abgeordneten als unmöglich bezeichnet wird. Es ist somit zu rechnen, daß die Grabskiregierung ein weiteres dreimonatiges Provisorium erhalten wird.

Die neue ukrainische Partei.

Eine Gründung der Defensive?

Während der Debatten über das Budget des Innenministeriums in der Budgetkommission des Sejm protestierte Abg. Wasynczuk gegen die Gründung der neuen sozialistischen ukrainischen Partei durch die Defensive, über die Köpfe der Führer der ukrainischen Bevölkerung hinweg. Eine Richtigstellung dieser Behauptung ist in der Kommission nicht erfolgt. Nur die Rechtspresse bemerkt dazu, daß sich Herr Wasynczuk nicht einreden solle, er sei der alleinige Vertreter des ukrainischen Volkes, „mit dem man schließlich zu keiner Verständigung gelangen kann".

Klingt ganz nach einer Bestätigung der Behauptung Wasynczuks.

Sejm.

Der 2. Februar wieder Feiertag.

Die Donnerstagsitzung des Sejm beschäftigte sich mit den Anträgen über die Abänderung der Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Feiertage. Abg. Rudnicki begründete die Notwendigkeit der Beibehaltung der zweiten Feiertage zu Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Die Abgeordneten Harasz und Krajczyrski fordern, daß auch der Lichtmeßtag Feiertag bleiben soll. In der Abstimmung wurden beide Anträge angenommen.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag den 19. Februar festgesetzt.

Die staatsfeindlichen Abgeordneten.

Vorgestern beschäftigte sich der Ministerrat mit der Angelegenheit der Verordnung des Innenministeriums, wonach die Abgeordnetenversammlungen in den Ostgebieten bei der Behörde angemeldet werden müssen. Vizepremier Thugutt protestierte gegen die Verordnung. Es blieb aber nur bei dem Protest. Von einem Rücktritt aus diesem Grunde, welche Absicht einige Blätter Thugutt zugedacht haben, sprach er nicht. Andere Mitglieder der Regierung erklärten, daß der frühere Sejm keine „staatsfeindlichen" Abgeordneten hatte und deswegen die Versammlungsfreiheit zugelassen werden konnte. Der Ministerrat hat in dieser Angelegenheit noch keine festen Beschlüsse gefaßt.

Die Sowjets und Danzig.

Eine polenfeindliche Demonstration?

Die Warschauer Sowjetgesandtschaft soll an den Senat des Freistaates Danzig einen Brief gerichtet haben, in welchem der offizielle Besuch einer Sowjetkommission angekündigt wurde, die die Eignung des Danziger Hafens für den russischen Außenhandel prüfen soll. Die polnische Presse ist der Meinung, daß dieser Schritt sozusagen eine Antwort auf den polnischen Handelsboykott Danzigs bedeute.

Sinowjew prophezeit einen Krieg.

Sinowjew hielt dieser Tage wieder eine seiner Kriegsreden, die vornehmlich gegen England gerichtet sind. Sinowjew erklärte, daß ein neuer Krieg unabwendbar sei und daß derselbe wahrscheinlich von Rumänien und Polen provoziert wird, auf ausdrückliche Forderung Englands. Der Krieg wird gemeinsam gegen die kommunistische Internationale geführt werden. England wird sich als reichstes Land der Welt diesen Krieg leisten können.

Welchen Zweck Sinowjew mit dieser Brandrede verfolgt, kann allerdings noch nicht festgestellt werden.

Für die Kontrolle der Politik Herriots.

Auf dem Sozialistenkongreß in Grenoble wurde heute vormittag die Aussprache über die weitere Unterstützung des Kabinetts Herriot erörtert. Als Erster sprach im Namen des äußersten linken Flügels der Partei, Goultenoire de Toury. Der Redner erklärt die Haltung der Partei während der letzten Kammerdebatte und richtet heftige Angriffe gegen Herriot, dem er den Vorwurf macht, die Politik Poincares in verstärkten Maße fortgesetzt zu haben. Die Sozialisten hätten einen unverzeihlichen Fehler begangen, als sie für den öffentlichen Anschlag der „ungeheuerlichen" Rede Herriots vom 29. Januar stimmten. Es wird ihm nie gelingen, fuhr Redner fort, ein so großes Volk, wie das deutsche, zu fesseln. Selbst wenn man ihm sämtliche Gewehre und Maschinengewehre nimmt, so müßte man neben jeden Deutschen eine Schildwache aufstellen. Die Ausführungen des Redners gipfelten schließlich in der Feststellung, daß eine weitere Unterstützung der Regierung zwar erwünscht sei, aber einer scharfen Kontrolle unterstellt werden müsse. Die folgenden Redner traten ebenfalls für die weitere Unterstützung der Regierung ein.

Der Papst gegen Frankreich.

Der Papst hielt eine Ansprache, in der er u. a. die neuen Beziehungen Frankreichs zum heiligen Stuhl erwähnte. Sicherlich, sagte der Papst, hatten wir das Recht, ein anderes Verhalten von dem Lande zu erwarten, das als erstgeborene Tochter der großen katholischen Familie unserem Herzen so nahe steht. Frankreich will die Beziehungen, die es selbst mit dem heiligen Stuhl angeknüpft hat, abbrechen, obgleich dieser seine Pflichten gewissenhaft erfüllt hat. Ein derartiges Vorgehen, sagte der Papst, ist nicht nur eine Beleidigung unserer Person, die in diesem Falle in den Hintergrund tritt, sondern vielmehr des heiligen Stuhles.

Spannung zwischen Deutschland und Rumänien.

Die deutsch-rumänischen Beziehungen sind augenblicklich sehr gespannt. Rumänien wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Tage eine in energischem Tone gehaltene Note nach Berlin senden und die eheste Regelung der Banknotenfrage verlangen. Bekanntlich verlangt Rumänien 350 Millionen Goldlei als Entschädigung für die von den deutschen Besatzungsbehörden ausgegebenen Leinoten. Da Deutschland wahrscheinlich auf seinem Standpunkte verharren wird, daß diese Frage nur im Dawesplan geregelt werden kann, werden die vom Finanzminister Bratianu angedrohten Repressalien angewendet werden. An erster Stelle wird der deutschen Wareneinfuhr ein erhöhter Zoll und eine Taxe von 25 Prozent auferlegt werden.

Entsetzliche Grubenkatastrophe in Deutschland.

137 Tote.

(Von unserem H. M.-Korrespondenten.)

In der Grube „Minister Stein" des Dortmunder Beckens ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag durch Gasexplosion ein entsetzliches Unglück angerichtet worden. Bisher konnten 137 Leichen geborgen werden. Die Leichen waren völlig verkohlt. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt, doch sind weitere Explosionen zu erwarten. Es besteht die Gefahr, daß viele Bergarbeiter, die nicht verschüttet wurden, den Tod des Erstickens erleiden werden, denn die Explosion war so heftig, daß alle Inneneinrichtungen für die Luftzufuhr zerstört wurden.

Neben einer Untersuchungskommission, die an Ort der Katastrophe bereits eingetroffen ist, hat sich auch Reichskanzler Dr. Luther nach Dortmund begeben, um eine großzügige Unterstützungsaktion für die Waisen und Witwen einzuleiten.

In Deutschland hat die Grubenkatastrophe die größte Bestürzung hervorgerufen. Die Explosion in Oppa, die fast die ganze Stadt in die Luft sprengte, hat schon vor zwei Jahren erwiesen, daß die Vorsichtsmaßnahmen viel zu wünschen übrig lassen. Auch von der Explosion in Dortmund heißt es, daß das Unglück niemals dieses Ausmaß hätte annehmen können, wenn man die Bergleute nach der ersten ziemlich schwachen Gasexplodierung zum Verlassen der Stollen veranlaßt hätte.

Kurze politische Nachrichten.

Die Amerikaanleihe. Nach Meldungen polnischer Blätter soll die Anleihe für Polen am 16. Februar zur Zeichnung ausgelegt werden. Sie lautet auf 8 Prozent unter Garantie der amerikanischen Regierung.

Amerikanisch-polnisches Handelsabkommen. Das Staatsdepartement teilt den Abschluß eines Abkommens mit Polen mit, wonach beide Staaten sich die uneingeschränkte Meistbegünstigung bezüglich Zollgebühren und alle den Handel betreffenden Abgaben gewähren. Polen erklärt, daß Danzig als Vertragspartei dieses Abkommens anzusehen sei.

Vernehmung von ukrainischen Abgeordneten. Die im November vorigen Jahres durch den Sejm ausgelieferten drei ukrainischen Abgeordneten Wasyńczuk, Czuczmaja und Kozicki warden in ihren Warschauer Wohnungen vom Krzemiencer Untersuchungsrichter verhört. Auch wurden die Wohnungen einer Revision unterzogen.

Rußland—Japan. Die japanische Regierung hat den Text des russisch-japanischen Vertrages genehmigt.

Ein Konkardat in Italien? „Morning Post" zufolge verlautet in römisch-katholischen Kreisen Englands, es bestehe eine große Wahrscheinlichkeit, daß zwischen dem Papste und Mussolini in Kürze ein Konkordat zustande kommen werde. In diesem Fall beabsichtigt der Papst eine Weltreise zu unternehmen.

Russische Bestellungen in Amerika. Wie das russische Textilsyndikat mitteilt, erteilte Rußland dem Dupontkonzern in Wilmington Kaufauftrag für einen beträchtlichen Posten amerikanischer Farbstoffe. Das Syndikat gab ferner einen Probeauftrag auf Textilmaschinen für Rußland. Seit dem 1. Januar kaufte Rußland für über 10 Millonen Dollar amerikanische Baumwolle.

Türkisch-bulgarischer Freundschaftsvertrag. Der türkisch-bulgarische Freundschaftsvertrag ist im großen und ganzen fertiggestellt. Alle schwebenden Hauptfragen sind vollständig gelöst. Die türkische Regierung erannte Personal für die türkische Botschaft in Sofia. Bis jetzt wurden die türkischen Interessen durch Spanien vertreten.

Lokales.

Versammlung des Rates der Krankenkasse.

Gestern fand im Stadtratsaale eine ordentliche Versammlung des Rates der Krankenkasse statt. Die Versammlung wurde vornehmlich deswegen einberufen, weil die Beschlüsse der letzten Ratsversammlung vom Warschauer Bezirksversicherungsamt als ungültig erklärt wurden.

Nach der Erledigung einer ganzen Reihe von Anfragen, die nur vonseiten der N. P. R. gestellt wurden und auf die der Vorsitzende der Verwaltung stereotyp antworten mußte, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen, wurde der Beschluß der Verwaltung über den Lohnabzug für die Streikzeit annulliert.

Die Angelegenheit des Kaufes des Platzes an der Lutomierskastr. Nr. 36 wurde vom Rat nicht bestätigt. Dagegen wurde eine Kommission, bestehend aus 6 Personen gewählt, die prüfen soll, ob der Platz nicht überzahlt wurde und zweckentsprechend ist. Dagegen wurde der Kauf des Platzes von Herrn Koenig an der Rzgowskastraße gutgeheißen.

Bei der Abstimmung über die Erhöhung der Versicherungsskala beantragten die Industriellen geheime Abstimmung. Satzungsgemäß erfordert dieser Beschluß eine Zweidrittelmehrheit. Für den Antrag wurden 51 gegen ihn 28 Stimmen abgegeben. Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Zur Besprechung gelangte hierauf die Angelegenheit der Lohnforderung der Aerzte. Nach eingehenden Debatten wurde der bisherige Standpunkt der Verwaltung gutgeheißen. Um 1/2 4 Uhr nachts wurde die Sitzung unterbrochen.

Beiräte für Arbeitsinspektoren. Ein Unterausschuß der Kommission für Arbeitsschutz des Sejm verhandelte in seiner letzten Sitzung über den Art. 13 eines neuen Gesetzes, der als Inspektionsorgane bei den Arbeitsinspektoren die Einführung von Assistenten aus den Reihen der Arbeiterschaft fordert. Der Artikel wurde mit den Stimmen der Linken angenommen. Die „Chadecja" enthielt sich der Stimme.

Uniformierung der Staatsbeamten. Das Innenministerium beschäftigt sich seit einiger Zeit mit dem Gedanken, alle Staatsbeamten in besondere Uniformen zu stecken. Jeder Beamte soll eine gewöhnliche und eine Galauniform erhalten. Wäre an Stelle dieser Kinkerlitzchen nicht eine Aufbesserung der Gehälter mehr am Platze? Der Geist des Väterchen Zar spukt also auch noch im wiedererstandenen freien und demokratischen Polen herum. O, du lieber Himmel, wann werden unsre Ministerien dahinterkommen, daß es weit wichtigere Fragen zu lösen gibt als die Frage der Uniformierung. Steckt erst der Beamte in der Uniform, so werden ihn die Bürger mit noch weniger Liebe entgegenkommen. Der Bogen, den jeder gewöhnlich Sterbliche schon jetzt um den Beamten macht, dürfte dann noch größer werden.

Die Auswanderung aus Polen. Das Warschauer Auswanderungsamt veröffentlicht folgende Statistik über die Auswanderung aus Polen. Im Jahre 1921 betrug die Zahl der Auswanderer 107 046, im Jahre 1922 — 77 376, im Jahre 1923 — 127 421, im Jahre 1924 sogar 140 000. Hierbei sind die Arbeiter, welche alljährlich zur landwirtschaftlichen Saisonarbeit ins Ausland gehen, nicht mitgerechnet. Eine Regelung der Auswanderung ist nicht gut möglich, da die polnische Industrie nicht imstande ist, die ganze Arbeiterschaft zu beschäftigen.

Zum Vertrag mit dem Elektrizitätswerk. Die Fraktion der P. P. S. hat durch ihre Abgeordneten im Innenministerium Einspruch gegen den Vertrag erhoben. Dr. Weisbrot, der Departementschef, versprach eine genaue Untersuchung der Angelegenheit.

Die Aktien sind wieder gefallen. Das plötzliche Steigen der Preise für Aktien an der Warschauer Börse stellt sich nunmehr als ein einfaches Manöver der Aktienbesitzer heraus, wie es in der Inflationszeit so oft und so gern geübt wurde. Künstlich wurden damals die Preise heraufgeschraubt, und der kleine Mann, der die täglich schmelzende Mark loswerden wollte, kaufte die Aktien und verlor das Geld auf diese Weise, da die Papiere heute oft kaum den hundertsten Teil der ausgelegten Summe Wert sind. Diesmal ging aber niemand auf den Leim. Die Bankhäuser erhielten nur Aufträge zum Verkauf. Kein Mensch dachte aber daran, die Makulaturen zu erwerben. Heute sind die Aktienpreise noch tiefer gesunken.

Erlebnis eines kommunistischen Abgeordneten. Am 8. Februar, heißt es in einer Interpellation der kommunistischen Sejmfraktion, sollte der ukrainische Kommunist Abg. Wojtiuk auf dem Geyerschen Ringe eine Berichterstattungsversammlung abhalten. Als Wojtiuk den Bahnhof verließ, wurde er von einigen Personen ständig beobachtet, die ihn auch später, als die Versammlung nicht zustande kam, bis auf den Bahnhof begleiteten. Im Abteil wurde dann Wojtiuk von diesen Personen ein Päckchen entrissen, in dem sich Papiere befanden, die Bezug auf den weißen Terror in Polen hatten. Wojtiuk gelang es einen der Personen festzuhalten und die Polizei herbeizurufen. Der Festgenommene behauptete, keinerlei Ausweispapiere zu besitzen. In der Interpellation wird dann Beschwerde geführt, daß die Polizei sich der Sache nicht so annahm, wie es ihre Pflicht war und der Verdacht ausgesprochen, daß der Ueberfall ein abgekartetes Spiel war.

Die Lerche ist da! Landleute erzählen, daß sich auf den Feldern Lerchen gezeigt haben, die wahrscheinlich durch die letzten warmen Tage erweckt wurden. Diese Erscheinung nehmen die Landleute als Anlaß zur Prophezeiung, daß in diesem Jahre an keinen Winter mehr zu denken ist.

Ein derartiger warmer Winter wurde in Polen im Jahre 1847 notiert. Am 19. März zeigte das Thermometer damals 20 Grad Hitze, wobei die Nächte fast gar keine Abkühlung brachten.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben:

Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt. Um 4 Uhr nachmittags wird der mit großem Interesse aufgenommene Einakterabend wiederholt. Gegeben werden „Der Brandstifter", „Ein Heiratsantrag" und „Frau Pick in Audienz". — Abends um 8 Uhr 15 Min. wird das am Donnerstag mit großem Beifall aufgeführte Drama „Therese Raquin" von Emile Zola zum zweiten Mal gegeben.

---

10. Staatslotterie.

5. Klasse — 2. Tag.

Hauptgewinne:

Zloty 2000 auf Nr.: 27 252.
Zl. 1000 auf Nr. Nr.: 25 341, 42 387.
Zl. 600 auf Nr.: 16 458.
Zl. 500 auf Nr.: 18 053.
Zl. 250 auf Nr. Nr.: 4982, 5506, 8231, 9434 21 106, 34 885, 35 718, 38 961.
Zl. 200 auf Nr. Nr.: 6171, 7205, 9106, 9294, 11 294, 16 615, 18 138, 19 352, 23 668, 28 309, 31 388, 32 739, 33 660, 35 542, 35 760, 36 402, 40 508, 41 048, 42 355, 42 891, 46 170, 47 831, 49 947.

3. Tag.

Zloty 50 000 auf Nr. 26 388.
Zl. 5000 auf Nr. 20 604.
Zl. 3000 auf Nr. Nr. 1053, 37 688.
Zl. 1000 auf Nr. 47 843.
Zl. 600 auf Nr. 19 555.
Zl. 500 auf Nr. Nr. 22 226, 26 139, 36 574, 37 978.
Zl. 250 auf Nr. Nr. 73, 16 574, 20 552, 21 427, 24 694, 26 630, 35 900, 36 609, 37 751, 44 475, 46 243.

Vom Lodzer Stadtparlament.

Die Donnerstagsitzung des Stadtrats leitete Dr. Fichna. Stv. Klim (D. A. P.) beantragte zur Tagesordnung, daß der Punkt betreffend die deutschen Abendkurse als Punkt 1 behandelt wird, da die Gefahr besteht, daß durch Zerstörung des Quorums die Angelegenheit eine nochmalige Vertagung erfährt. Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt.

Mehrfache Bezüge der Magistratsmitglieder.

Stv. Dr. Schweig fragte an, ob es wahr sei, daß sich die Mitglieder der Schätzungskommission für die Einkommensteuer für diese Ehrenarbeit bezahlen lassen. Präsident Cynarski antwortete bejahend und teilte mit, daß für diesen Zweck 5600 Zloty bestimmt wurden. Stv. Schweig frug weiter, ob auch die Mitglieder der Kommission aus der Reihe der Bürgerschaft von dieser Summe Entschädigungen erhalten. Die Antwort des Präsidenten lautete, daß die Gelder nur unter die Vorsitzenden (Magistratsmitglieder) verteilt werden. Um dieses Bekenntnis ging es dem anfragenden Stadtverordneten nur, der diese Eigenliebe der Magistratsherren stempeln wollte.

Forderung nach einer Bestrafung des Stv. Kuk.

Die Sekretärin, Frau Credo, verlas darauf eine Interpellation an die Adresse des Präsidiums, in dem dasselbe befragt wird, ob ihm bekannt sei, daß Stv. Kuk in der letzten Sitzung an die Adresse der Mehrheit das Wort „Herde" gebraucht habe und wenn ja, ob das Präsidium Schritte unternommen habe, um gegen Stv. Kuk eine scharfe Strafe zu verhängen. Auf die Frage des Stv. Klim, wer diese Interpellation unterzeichnet habe, antwortete der Vorsitzende verschämt-vorsichtig: „Eine ganze Reihe Stadtverordneter", ohne die Namen zu nennen. Somit kommt dieser Zwischenfall noch einmal in Fluß. Die Sorgen hat jetzt das Präsidium.

Es folgte hierauf die Annahme der Geschäftsordnung für die Ratskommissionen. Die Verbesserungsanträge der Opposition wurden natürlich abgewiesen.

Zur Städtetagung,

die am 22.—24. März in Warschau stattfindet, wurden 21 Delegierte der Stadt Lodz gewählt. Die Opposition entsendet die Stv. Kuk (D. A. P.), Rapalski, Kempner (P. P. S.) und Milman (Bund).

Ankauf des „Blauen Quells".

Der Magistrat stellte den Antrag, 39 Morgen Land des Gutes Wawel, einschließlich des sogenannten „Blauen Quells" bei Tomaschow für die Summe von 95 000 Zloty anzukaufen. Das Terrain soll zu Kanalisationszwecken Verwendung finden und zwar als Station für die Wasserversorgung der Stadt. Der Antrag wurde angenommen.

Städtische Beihilfe für das polnische Theater.

Es folgte ein Antrag des Magistrats, das Subsidium für das polnische städtische Theater zu erhöhen. Der Antrag war die Folge eines Gesuches des Theaterdirektors Wroczynski. Die Theaterleitung stellte in dem Gesuch fest, daß sie nur dann im Stande sein werde, das Theater weiterzuführen, wenn die Stadt auf die rückständigen Steuern verzichten, eine größere einmalige Beihilfe gewähren und einen monatlichen Zuschuß von 10 000 Zloty gewähren werde. Die reinpolnische Mehrheit fand diese Forderung zu hoch und beantragte die Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 35 000 Zloty und einen Monatszuschuß von 5000 Zloty, während die rückständigen Steuern bezahlt werden müssen. Für die Gewährung der Forderungen des Theaterdirektors sprach nur die Opposition. Die Abstimmung ergab ein sonderbares Bild: Für den Antrag der Opposition stimmten die polnischen Sozialisten, die D. A. P., der jüdische „Bund" und die übrigen Stadtverordneten der nationalen Minderheiten. Gegen die gesamte reinpolnische Mehrheit. Durch Zurufe wurde dieses Bild, in dem die Polen das eigene Theater im Stich lassen, festgehalten. Die sonst so verhaßten Internationalisten, „Staatsfeinde", „Polenfresser" und „deutschen und jüdischen Spitzel" zeigten für die Erhaltung des polnischen Theaters größeres Verständnis als die eigenen „Kulturretter".

Nach Erledigung dieses Punktes flohen die Stadtverordneten der Mehrheit aus dem Saal, so daß der Vorsitzende den Mangel des Quorums feststellen mußte. Der Antrag über die deutschen Abendkurse sowie der Antrag des „Bund" über die Unterstützung der Arbeitslosen wurde dadurch wieder nicht erledigt.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr 30 Min. geschlossen.

Aus dem Reiche.

Konstantynow. Generalversammlung des Konstantynower Turnvereins. Am Sonnabend fand die Jahresgeneralversammlung des Turnvereins in Anwesenheit von 95 Mitgliedern statt. Den Vorsitz führte der Vorstand E. M. Stehr. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung sowie der Kassenbericht verlesen und angenommen worden war, schritt man zur Besprechung der eingelaufenen Anträge. Der Antrag des Herrn Gustav Stamm lautete dahin, das Vereinslokal für Versammlungen und Veranstaltungen an politische Parteien nicht mehr abzugeben. Zu diesem Antrag erfolgte eine lebhafte Aussprache. Einzelne Mitglieder wiesen darauf hin, daß gerade Herr Stamm seinerzeit der unentgeltlichen Abgabe des Saales für Berichterstattungsversammlungen das Wort geredet hat, heute aber sich selbst korrigieren will. Andere Mitglieder sahen in dem Antrag nur einen persönlichen Haß gegen Einzelpersonen, die im Verein an der Spitze stehen. Schließlich wurde der Antrag in geheimer Abstimmung mit 63 gegen 27 Stimmen verworfen. Der andere Antrag, der von der Verwaltung kam, betraf eine interne Vereinsangelegenheit. Er wurde angenommen. Hierauf wurde zu den Neuwahlen geschritten. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde Herr Wilhelm Heidrich berufen, der zu Beisitzern die Herren Leopold Gellert und G. Stamm sowie zum Schriftführer Herrn Edm. Schmalz berief. Zum Vorstand wurde Herr G. Schultz gewählt, zum zweiten Herr J. Ujma, Schriftführer E. Schmalz und H. Wetzner, Kassierer Th. Stehr und J. Schöler. Zum Turnwart A. Weber und J. Prokopp, Revisionskommission O. Schwartz, G. Stamm und A. Eierkuchen, die Mandate der Wirte blieben unbesetzt. Zum Schluß beantragte ein in Lemberg wohnhaftes Ehrenmitglied in Anerkennung der Verdienste des bisherigen Vorstandes Herrn E. M. Stehr diesen zum Ehrenpräses für Lebensdauer zu ernennen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Um 1 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerrat.

Die 14. ordentliche Sitzung des Vertrauensmännerrats findet nicht wie vorgesehen, am Sonnabend, den 14. d. M., sondern eine Woche später, d. h. am Sonnabend, den 21. Februar, um 7 Uhr abends, im Parteilokal statt. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Kandidaten für den zur Mitgliedsversammlung zu wählenden Ortsvorstand und derer für den Parteitag.

Der Vorsitzende.

Achtung, Sänger!

Am Sonntag, den 15. Februar 1925, um 10 Uhr vormittags, findet die übliche Monatssitzung statt und bittet um zahlreiches Erscheinen

der Vorstand.

Jugendabteilung der Deutschen Arbeitspartei Polens.

Veranstaltungskomitee der Jugendorganisation.

Am Montag, den 16. d. M., um 7 Uhr abends, findet im Saale, Andrzejastraße 17, ein Unterhaltungsabend der Jugendorganisation statt.

Zutritt haben nur Mitglieder. Die Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Aus Welt und Leben.

Haarmann und Grans. Die Haarmannaffäre wird immer mehr zum Roman. Das Neueste von dem 24mal zum Tode verurteilten Mörder ist, daß er es fertig gebracht hat, trotz der strengen Bewachung, die man einem solchen Verbrecher gegenüber doch wohl als selbstverständlich voraussetzen darf, einen seitenlangen Brief zu schreiben und diesen Brief aus dem Gefängnis an den Adressaten gelangen zu lassen. Der Brief enthält einen glatten Widerruf aller von Haarmann gegen Grans erhobenen Beschuldigungen wegen der Teilnahme an den Morden. Nach einer dem „Hannoverschen Kurier" zugehenden Mitteilung soll Haarmann, als man ihn dieser Tage vom Gerichtsgefängnis nach dem Polizeipräsidium beförderte, wo er den von ihm wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuchs Beschuldigten gegenübergestellt werden sollte, in der Nähe der Hauptpost diesen in einen alten Wertbriefumschlag gesteckten Brief aus dem Auto geworfen haben. Ein in der Großen Wallstraße wohnender junger Mann habe ihn aufgehoben und dem Adressaten, dem Vater des Grans, zugestellt.

Der Brief Haarmanns hat insofern weitgehende Folgen, als damit dem Verteidiger des Grans, ein Instrument in die Hand gegeben wird, ein Wiederaufnahmeverfahren in die Wege zu leiten. Es erübrigt sich, Erwägungen darüber anzustellen, ob und inwieweit der Brief Haarmanns Glauben verdient und findet. Der 24fache Mörder hat nachgerade soviel zusammengelogen, daß es viele geben wird, die in diesem Briefe weniger die Reue als das Bestreben sehen werden, vor dem Scharfrichter, der seiner wartet, seinen Kopf so lange wie möglich zu retten. Was aber noch mehr Aufsehen hervorruft als der Inhalt des Briefes, ist die Tatsache, daß Haarmann ihn unbemerkt hat schreiben und befördern können.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Kuk. · Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

Ein neuer Schritt in der Arbeiterfürsorge-Gesetzgebung.

Die für Mai d. J. in Genf einberufene Internationale Arbeitskonferenz wird sich mit der Frage der „Entschädigungen bei Betriebsunfällen“ beschäftigen. In Verbindung damit hat das Internationale Arbeitsbüro an alle an dieser Frage interessierten Organisationen und Institutionen einen Fragebogen geschickt, „ob im Projekt der Konvention über Unglücksfälle bei der Arbeit auch die Gewerbekrankheiten Berücksichtigung finden sollen.“

Zwei Fragen von eminenter Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft der Welt sind es, die somit auf dieser Konferenz eine Behandlung erfahren werden: 1. Entschädigungen bei Betriebsunfällen und 2. Entschädigungen bei Berufs- resp. Gewerbekrankheiten.

Wodurch unterscheiden sich nun Betriebsunfälle von Gewerbekrankheiten? Es hat den Anschein, als wäre es eine Leichtigkeit dies festzustellen. Und doch ist dem nicht so. Im Gegenteil, es ist nicht selten sehr schwer eine Grenze zu ziehen zwischen Betriebsunfall und einer Gewerbekrankheit.

Als Betriebsunfall ist ein plötzlicher, kurz anhaltender Vorfall bei der Arbeit anzusehen, der zu einem äußeren oder inneren Schaden für die Gesundheit des Arbeitenden führt und diesen zur Aufgabe seiner Berufstätigkeit, zwingt z. B. eine Verletzung durch Knochenbruch, Quetschung, Verrenkung der Glieder, Verbrühung, Gehirnerschütterung, schnellwirkende Vergiftung, hervorgerufen durch einmalige kurze Einatmung von giftigen Gasen oder Dämpfen usw.

Als Gewerbekrankheiten aber gelten akute oder chronische innere und äußere Leiden, die durch Ausübung eines bestimmten Berufs, sei es durch diesen selbst oder durch die Umgebung, in der er verrichtet wird, entstehen u. zw. chronische Vergiftungen durch Chemikalien und Metalle sowie Staub, gewerbliche Augen- und Hautkrankheiten usw.

Mit der Entwicklung der Chemie und Physik und der fortschreitenden Vervollkommnung der industriellen Technik wird der Bedarf an verschiedenartigsten Rohmaterialien immer größer, werden die Arbeitsmethoden immer komplizierter, die Arbeit immer gefährlicher und die Gewerbekrankheiten immer zahlreicher, so daß die Grenze zwischen Betriebsunfall und Gewerbekrankheit immer verschwommener, unsicherer und künstlicher wird. Unter solchen Umständen steht die Frage der Berufskrankheiten im Bereich der Arbeitshygiene in allen Ländern der Welt an erster Stelle, ist ihre Regelung eilig, brennend.

Auch bei uns in Polen arbeitet man seit ungefähr zwei Jahren an einem „Gesetz über die Verhütung resp. Bekämpfung der Gewerbekrankheiten“. Doch wäre hier zu bemerken, daß das projektierte Gesetz nicht dazu geschaffen werden soll, um festzulegen, ob überhaupt und in welchem Ausmaße Entschädigungen bei Berufskrankheiten gezahlt werden sollen, sondern nur zu dem alleinigen Zweck, um eine Grundlage zu schaffen zur Herausgabe von Bestimmungen über die Verhütung und Bekämpfung von Gewerbekrankheiten und zur genauen Orientierung der Aerzte, Hygienisten und Arbeitsinspektoren über das Wesen und die Gefahren dieser Leiden.

Und doch ist die Frage der Entschädigungen bei Gewerbekrankheiten für die in Betracht kommende Arbeiterschaft gerade in Polen mit seinen jeder Beschreibung spottenden unhygienischen Arbeitsstätten, die der primitivsten Schutzvorrichtungen bar sind, ganz besonders wichtig und brennend. Daß man sich in dem projektierten Gesetz absichtlich darüber hinweggesetzt, ist bezeichnend für die vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus geschaffene Arbeiterfürsorgegesetzgebung.

Daß nun aber Entschädigungen bei Einbuße der Arbeitsfähigkeit durch Gewerbekrankheiten überhaupt gezahlt werden sollen, kann eigentlich keinem Zweifel unterliegen. In England, Frankreich, Deutschland und der Schweiz ist diese Angelegenheit schon längst als klar und richtig entschieden worden. Die Herren Dr. Olliwe und Dr. Meignen haben vollständig recht, wenn sie die Frage aufwerfen: „Ist es gerecht, einem Arbeiter, der durch das Platzen eines gasgefüllten Rohres einer schnellen Vergiftung unterliegt, Entschädigung zu zahlen und diese einem anderen Arbeiter zu verweigern, der sich durch das aus einem kleinen Riß im Rohre entströmende Gas eine allmähliche Vergiftung zuzieht?“

Hunderte verschiedener Gewerbekrankheiten gibt es, immer noch werden neue durch die Gelehrten und Forscher entdeckt, tausende Opfer kranken und sterben daran. Und da sollte man noch zweifeln an der Notwendigkeit einer Entschädigung bei dieser Art von Krankheiten?

Nein, hier kann es keinen Zweifel geben. Entschädigungen müssen gezahlt werden. Es fragt sich nur, ob es bei uns in Polen möglich ist, dem Gesetz über Versicherung bei Betriebsunfällen gleichzeitig auch die Gewerbekrankheiten unterzuordnen.

Warum sollte das nicht gehen? Solch ein Recht gibt es ja schon seit dem Jahre 1881 in der Schweiz, wo es sich glänzend bewährte, in England seit 1906, in den englischen Dominions, in Frankreich seit 1919, in Brasilien, Portugal, Serbien.

In Deutschland dagegen gehören die Gewerbekrankheiten in den Bereich der Krankenversicherung. Wenn die Arbeitsunfähigkeit länger als 26 Wochen anhält und zwei Drittel der allgemeinen Arbeitsfähigkeit übersteigt, so hat der Versicherte Anspruch auf Unterstützung aus dem Arbeitsunfähigkeits-Versicherungsfonds, doch ist diese Art von Unterstützung im allgemeinen geringer als die Krankenunterstützung. Im Todesfalle erhalten Frau und Kinder nur Rückerstattung der Begräbniskosten.

Wir in Polen haben leider kein so umfangreiches Netz von Krankenkassen wie Deutschland,

Lied der Armen.

Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden,
zu uns die Stimme der Zukunft spricht.
Wir sind die drunten im Tiefen Wohnenden,
um unf're Stirnen noch streicht die Nacht,
doch wir beneiden die droben Thronenden
nicht um die prunkenden Sessel der Macht.

Denn in die Tiefe sollen versinken
gleißende Herrlichkeiten der Herrn,
stürzen zur Rechten, stürzen zur Linken,
ob ihren Häuptern erbleicht der Stern.
Aber zu unseren Häuptern entflammen
Sterne der Freiheit ihr funkelnd Licht,
goldene Säulen brechen zusammen,
nimmer, was wir erbauen, zerbricht.

Uns ist gefallen ein Los vor allen
unvergleichlich und wahrhaft schön:
Wir steigen aufwärts, und vorwärts wallen
wir zu des Lebens leuchtenden Höh'n.
Wir sind die Armen, wir sind die Elenden,
Arme und Elende sind wir nicht,
weil mit reichen Tönen, mit glückbeseelenden,
zu uns die Stimme Gottes spricht.

Karl Henckell.

Die Macht der Drei.

Ein Roman aus dem Jahre 1955

von **Hans Dominik.**

(33. Fortsetzung.)

Eine Gestalt schritt von links her in das Bild ... Silvester Bursfeld. So scharf und deutlich, als ob er in Greifweite stünde. Silvester kam allein und hatte nicht einmal den kleinen Strahler an der Seite.

Erik Truwor wollte dem Freunde etwas zurufen und vergaß, daß er durch tausend Meilen von ihm getrennt war.

Eine andere Gestalt hob sich auf der Bildfläche ab. Ein schwarzes, häßliches Negerweib. Erik Truwor sah, wie sie Silvester vom Hofe zu weisen versuchte, wie der Freund sie zurückdrängte und der Haustür zuschritt. Wie das Negerweib ihn zurückzustoßen versuchte. Wie der sonst so gutmütige ruhige Silvester plötzlich den Arm hob, das Weib weit von sich schleuderte und in das Haus stürmte. Die Tür fiel hinter ihm ins Schloß, und Viertelstunden verstrichen.

Erik Truwor empfand eine wachsende Unruhe. Er vermißte den kleinen Strahler an der Seite Silvesters. Diese winzige, aber furchtbare Waffe, die ihn gegen jeden Angriff geschützt hätte. Und er vermißte Atma. Wo blieb der Inder? Die zweite Frage beunruhigte ihn fast ebenso stark wie die erste.

„Sie müssen packen ... natürlich ... es ist ja klar, daß Jane nicht, wie sie geht und steht, nach Europa fahren kann ... Eine Stunde Zeit gebe ich ihnen ... dann ...“

Er betrachtete das Dach des Farmhauses. Ob es wohl gut brennen mochte, wenn er den Strahler auf den Dachfirst wirken ließ? Die Holzschindeln sahen ganz danach aus. Es mußte ein gewaltiges Feuer werden.

Dann überdachte er die Folgen. Es konnte zu gut brennen. So schnell, daß die Flammen den Ausgang sperrten, bevor die Liebenden die Gefahr erkannten. So saß er mit steigender Ungeduld. Hoffte vergebens, daß Silvester wieder erscheinen oder Atma auftreten würde.

Ein silberner Fleck am blauen Himmel erregte seine Aufmerksamkeit. Mit der Lupe betrachtete er die Stelle auf der Mattscheibe.

Kein Zweifel, es war R. F. c. 1, der Rapid Flyer, der dort heranzog. Er kannte die Formen des Flugschiffes.

Erleichtert atmete er auf.

Atma kam mit R. F. c. 1, um die Säumigen zu holen. Mochte er gesteckt haben, wo er wolle ... Atma war da. Jetzt mußte alles zu einem guten Ende kommen.

Das Flugschiff kam schnell heran. Hinter dem Farmhaus ging es nieder. Jetzt entschwand es den Blicken Eriks. Die Silhouette des Farmhauses schob sich dazwischen.

... Warum landete Atma nicht auf dem Farmhofe? ... Vielleicht war der Platz hinter dem Hause für den Wiederaufflug geeigneter.

Erik Truwor wartete ... und sah fünf Gestalten über den Hof laufen ... In das Haus verschwinden.

„Atma ist da ... Atma kam zur rechten Zeit ... Es wird noch alles gut.“

Mit diesen Worten suchte sich Erik Truwor zu beruhigen. Er hatte unter den Fünfen die Gestalt Glossins erkannt. Nach den Schilderungen, die ihm Silvester gegeben. Das Nachziehen des rechten Fußes. Der stechende Blick. Es war unverkennbar. Aber er hoffte, daß Atma mit R. F. c. 1 hinter dem Hause lag. Hoffte, daß der Inder eingreifen und die Widersacher zerschmettern würde.

Minuten verstrichen. Nicht viele.

Die Tür des Farmhauses öffnete sich.

Einer der Männer trug etwas Helles auf den Armen ... Jane ... bewußtlos. Ihr Antlitz war weiß. Ihr Kopf lag schlaff und kraftlos auf der Schulter ihres Trägers. Dann zwei andere. Sie schleppten Silvester. Hatten ihn gefesselt und trugen ihn wie ein Stück Holz über den Platz.

Zuletzt Dr. Glossin. Ein Lächeln der Befriedigung auf den Zügen.

Lodernder Zorn packte Erik Truwor. Er faßte den Strahler und gab Energie.

Zwanzig Meter hinter dem Doktor glühte der Sand des Hofes hell auf. Schmolz in Weißglut und strahlte Hitze.

Der Arzt warf einen Blick rückwärts und begann um sein Leben zu laufen. Mit schleifendem Fuß jagte er über den Hof und zog einen feurigen Strudel hinter sich her, denn mit der Mikrometerschraube brachte ihm Erik Truwor die Glut des Strahlers nach ... und zerriß dabei in der Aufregung einen Draht des Fernsehers.

Das Bild erlosch. Tausend Meilen trennten Erik Truwor von Reynolds-Farm. Erst jetzt kam es ihm zum Bewußtsein.

Mit fiebernden Händen suchte er nach dem zerrissenen Draht. Er mußte sich zur Ruhe zwingen. Mußte mit unendlicher Geduld eine Schraube lösen, den Draht fassen, vorziehen und wieder festschrauben. Kostbare Minuten verstrichen darüber. Nun endlich war die Verbindung wieder hergestellt. Das Bild erschien von neuem auf der Mattscheibe. — Der Hof war leer.

Rätsel und Geheimnisse, die er nicht zu lösen vermochte. Hatte Atma eingegriffen, die Gegner vernichtet? Brachte er jetzt Silvester und Jane im Flugschiff heim?

Erik Truwor wußte es nicht. Er war verurteilt, hier zu sitzen und zu warten. Einen Schwur leistete er sich. Das Feuer des Strahlers auf Glossin niederfallen zu lassen, sobald er ihn wieder vor die Augen bekäme.

(Fortsetzung folgt.)

auch arbeiten unsere Kassen nicht im entferntesten so gut, auch gibt es bei uns kein Gesetz über Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit.

Das Gesetz über die Versicherung gegen Betriebsunfälle aus dem früheren österreichischen Teilgebiet verpflichtet seit dem 1. Juli 1924 auch im früheren Kongreßpolen; im Posener Gebiet und in Pommerellen gibt es ebenfalls eine Betriebsunfallversicherung. Es besteht somit auch bei uns weder meritorisch noch formell ein Hindernis gegen die Einbeziehung der Gewerbekrankheiten unter das Betriebsunfallversicherungsgesetz.

Die rationellste und beste Lösung dieser Angelegenheit aber wäre alle Arten von Versicherungen in eine allgemeine Versicherung gegen Arbeitsunfähigkeit in Verbindung mit dem Arbeitsrisiko überhaupt zu vereinigen.

Ehe aber dieser hehre Moment eintritt, müßten Berufskrankheiten wenigstens in gleicher Weise wie Betriebsunfälle entschädigt werden. R.

Abg. Czapinski für die Einheitsfront.

Um ein Bündnis der Arbeiter aller Nationalitäten.

Am Sonntag veranstaltete die P. P. S. in Krakau eine große Wählerversammlung. Das Referat über die politische und wirtschaftliche Lage hielt Abg. Czapinski. Er schilderte die schwere Wirtschaftslage, die Arbeitslosigkeit und die Lage der Industrie, die den Absatzmarkt im Osten verloren hat und sich auf die neue Lage nicht vorbereitete, indem sie sich technisch nicht umstellte. Die Teuerung und die Zollpolitik belastet einzig und allein nur die ärmste Bevölkerung. Gegen die Arbeiterschaft haben die Kapitalisten aller Bekenntnisse in Polen ein Bündnis geschlossen. Auf der Suche nach einem Ausweg aus dieser Lage, stellte Abg. Czapinski fest: „Die Arbeiterschaft muß dem Bündnis der Kapitalisten ein Bündnis der Arbeiter aller Nationalitäten Polens entgegenstellen."

Diese Losung wurde von den Versammlungsteilnehmern mit warmem Beifall aufgenommen.

Wir wollen diese Aeußerung des Vertreters der P. P. S. hier festhalten und mit Genugtuung feststellen, daß diese Forderung der werktätigen Deutschen Polens, von der die Vertreter der D. A. P. in jeder Versammlung sprechen, endlich auch die Losung der P. P. S. geworden ist. Eine Einheitsfront der Arbeiterschaft aller Nationalitäten Polens hätte schon oft segensreich sein können. Wir hoffen, daß die Worte Czapinskis nicht nur Worte bleiben werden und daß ihnen recht bald Taten folgen werden.

Eine häßliche Geschichte aus Zambrow.

Zambrow erzitterte. Eine telegraphische Nachricht kündigte an, daß der Präsident der Republik, Herr Wojciechowski, die Stadt besuchen will. Die Bürger von Zambrow wurden durch diese Nachricht aus ihrer kleinstädtischen Nachlässigkeit herausgerissen und jeder schickte sich, wie er es verstand und konnte, an, den höchsten Beamten des Staates würdig zu empfangen. Die Behörden der Stadt erteilten nach rechts und links Befehle: Reinigung der Straßen, der Häuser, des Bahnhofes und fast sogar der Einwohnerschaft, der eine Reinigung sicher auch nichts geschadet hätte.

Die Arbeit ging flott von statten. In der Stadt herrschte eine überhitzte Atmosphäre, vermengt mit einer größeren Dosis des Ungewöhnlichen, Feierlichen, Erwartungsvollen . . .

Und alles wäre recht schön gewesen, hätte glatt geendet, wenn nicht . . . die Schweine des Herrn Bürgers Sawicki die Ruhe gestört hätten. Durch die Sauberkeit der Straßen und durch den nie gesehenen Fleiß der Bürger angelockt, machten es sich die Sawickischen Schweine mitten auf der Straße bequem. Wie gewöhnlich an jedem Morgen, verließen sie den Hof, liefen auf die Straße, machten einen Spaziergang und dann auf der Straße ... die übliche Schweinerei. Diesmal waren sie aber nicht auf den Einfall gekommen, den Sawickischen Hof wieder aufzusuchen, sondern legten sich in der Mitte der Hauptstraße breit hin. Sie sonnten sich.

In dieser feierlichen Stunde ein Schwein auf der Hauptstraße liegen zu sehen, muß jedem ordentlichen Bürger eine Welle heiligen Zornes in die Stirne jagen. Was aber sollte Herr Kaufmann dazu sagen, der vom Magistrat den ehrenvollen Auftrag erhalten hatte, für die Sauberkeit der Straßen zu sorgen, der zusammen mit zwei Gehilfen herumstrolchende Hunde und anderes Getier auffangen und eventuell „vertilgen" sollte? Mit der ihm eigenen Energie rückte Herr Kaufmann den Schweinen zu Leibe. „Die Schweine müssen arretiert werden", lautete der Befehl an die zwei Gehilfen.

Das Gequiele der Schweine alarmierte Herrn Sawicki. Was? Die Schweine von der Straße wegtreiben, arretieren? Die Sache ist gut! Die Ankunft des Präsidenten ist allerdings eine große Feier! Aber was haben die Schweine damit zu tun? Spaziergänge in den Straßen von Zambrow ist doch ihre Tagesarbeit, ist ihre Gewohnheit. Und diese Gewohnheit werden sie sich nicht rauben lassen!

Mit diesen Worten kam Herr Sawicki und seine bessere Ehehälfte den bedrohten Schweinen zu Hilfe. Besonders viel hatte zu diesem Thema Frau Sawicka zu sagen. Sie konnte nicht leiden, daß den Schweinen ein Unrecht zugefügt werde. Herr Kaufmann wollte und konnte aber der Schweinefreiheit nicht zustimmen. Ein Wort gab das andere. Herr Kaufmann wurde zum Esel, Rhinozeros, Rindvieh usw. ernannt. Frau Sawicka dagegen erhielt die weniger ehrende Benennung: Schwein, Aeffin, Hündin. Herr Sawicki wurde zum ausgewachsenen Ochsen erhoben. Eine Minute später folgten gegenseitige Ohrfeigen. Herr Kaufmann verteidigte sich mit dem Hundefänger und mit einem Spaten. Plötzlich fiel der Spaten auf den Glatzkopf des Herrn Sawicki. Es spritzte Blut . . . Es barst ein Knochen. Es entstand ein Geschrei und im nächsten Augenblick benetzte das Sawickische Blaublut die Zambrower Hauptstraße, während Herr Kaufmann und Frau Sawicka wie ein sich wälzender Knäuel am Boden lagen. Die Nachbarn liefen herbei, trennten die Kämpfenden. Auf dem Schlachtfelde erschien Polizei, schaffte die Verwundeten fort, schrieb ein sehr genaues und ein sehr großes Protokoll, und die Ruhe wurde entsprechend dem Ernst des Augenblicks wieder hergestellt. Die Schweine flohen aber während des Kampfes und suchten ihren Schweinestall auf.

Der Empfang des Präsidenten fand programmäßig statt. Die Zambrower Ehre war gerettet und bis zum nächsten Tage zeigte sich kein Schwein auf der Straße.

Doch der Katzenjammer kam in Gestalt eines Prozesses gegen Kaufmann wegen erheblicher Körperverletzung des Schweinebesitzers Sawicki. Er wurde vom Bezirksgericht zu einem Jahre Gefängnis verdonnert.

Kaufmann appellierte aber. Das Appellationsgericht nahm die ungewöhnlichen Umstände mit in Kauf, stellte fest, daß kein böser Wille vorhanden war, kassierte das Urteil der ersten Instanz und sprach Herrn Kaufmann frei.

Kaufmann und Sawicki gehen sich aber jetzt aus dem Wege. Außerdem kann Kaufmann von jener Zeit an keine Schweine mehr leiden. K. L.

Deutsche Schweinereien.

Das Witos-Organ „Wola Ludu" bringt unter obigem Titel nachstehende Meldung: Im Vizekonsulat der polnischen Republik in Illkau, Ostpreußen, ist das Konsulatsschild beschmiert worden. Wie gewöhnlich in Deutschland ist die Polizei der Uebeltäter nicht habhaft geworden.

Die „Wola Ludu" bemerkt dazu: „In Anbetracht der sich wiederholenden Fälle solcher Art wäre es angebracht, um die Wagschale zu halten, bei uns in Polen statt Briefkasten und Schilder die Fresse irgend eines Deutschen zu bepinseln. Dies würde sicherlich helfen."

Welch ein gemeiner Haß, welch niedrige Gesinnung spricht aus diesen Worten! Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir Bubenstreiche solcher Art auf das schärfste verurteilen. Ebenso scharf müssen wir aber auch den giftspritzenden Geifer der „Wola Ludu" brandmarken. Wie tief ist dieses Witos-Organ bereits moralisch gesunken, wenn es vermeint, durch diese gemeine Hetze gegen die Deutschen hierzulande, die mit den Bubenstreichen nationalistischer Strolche in Deutschland nichts gemein haben, ihre beschränkten Anhänger über die Katastrophenpolitik des Witos und Konsorten zu täuschen.

44-Stunden-Arbeitswoche in Australien.

Am 1. Juni d. J. wird im Staate Queensland (Australien) die 44stündige wöchentliche Arbeitszeit in allen Gewerbezweigen gelten. Die hierfür notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen wurden von der Arbeiterregierung dieses Staates eingeleitet. Da Zweidrittel aller Arbeiter in Queensland bereits die 44-Stundenwoche besitzen, erwartet man keine einschneidenden Folgen von der Anwendung dieses Arbeitsgesetzes.

Die Arbeiterregierung von Westaustralien ist auch im Begriff, eine Gesetzesvorlage, betr. die 44-Stundenarbeitswoche fertigzustellen; ferner soll durch die Gesetzgebung ein Mindestlohn festgelegt werden, berechnet nach den Bedürfnissen einer fünfköpfigen Familie, anstatt wie bisher einer vierköpfigen. Weitere Vorlagen betreffen die Schaffung von paritätischen Schlichtungsstellen für wirtschaftliche Kämpfe und eine Neuregelung des Lehrlingswesens.

Unsere Unternehmer müssen förmlich das Gruseln bekommen, wenn sie sich hineinversetzt fühlen in den „Kannibalismus" in Australien. Wie sicher ist doch ihr Skalp im zivilisierten Europa. Die Arbeiterschaft wird trotzdem ein leises Schamgefühl nicht loswerden.

Um zwei schöne Augen.

Roman von **H. Abt.**

(Nachdruck verboten.)

(9. Fortsetzung.)

Liebes, kleines Mädchen, sie verstand sich nicht darauf, mit Seelenregungen Versteck zu spielen! Ahnte sie etwas davon, daß er um Besonderes heut ihren Weg gekreuzt? Einen Augenblick kam's ihm: „Sag's ihr jetzt nicht, verdirb ihr den Geburtstag nicht, tu ihr heut nicht weh." Denn sein Lebewohl würde ihr weh tun, er wußte es, und es gab ihm fast ein glückliches Gefühl, daß er es wußte. Dabei aber erfaßte es ihn wie Angst. Nein, kein Hinausschieben mehr, das Ende machen! Doch nicht hier auf der Straße unter all den hin- und herlaufenden Leuten. Dort der Weg geradeaus führte zum englischen Garten hinüber. Es war nur eine ganz kurze Strecke bis dorthin. Er hielt den Schritt ein, sagte rasch, drängend:

„Ich mach es umgekehrt, statt eines Geburtstagsangebindes habe ich eine Bitte an Sie: kommen Sie mit mir in den Englischen Garten hinüber."

Sie machte ein betroffenes, etwas beklommenes Gesicht. So geradezu hatte er sie noch nie zu etwas aufgefordert. Immer hatte es sich wie von selbst gemacht, wenn sie den gleichen Weg hatten, und stets hatten ihre Begegnungen, auch wenn sie es beide anders wußten, wie ein liebenswürdiger Zufall ausgesehen.

„Ich muß ja doch um zwei schon wieder im Geschäft sein und muß erst noch nach Hause. Und es geht schon stark auf eins. Ich bin heut so aufgehalten worden. Wie ich oben fortwollte, kam erst noch der Chef und hat mir gratuliert, und ich hab mir ein Winterjackett aussuchen dürfen, so schön, wie ich's nur wollte. Und dann hatten die Mädels aus dem Atelier unten noch einen Scherz gemacht und wollten mich absolut dazu bringen, daß ich heute abend mit ihnen zu Ball ginge, aber so die großen, öffentlichen Bälle, da mach ich mir nichts draus und hab sie mir lieber alle auf Sonntag zum Kaffee eingeladen."

Mit ihrer weichen zärtlichen Stimme hatte sie das alles sehr schnell hervorgeplaudert, als wolle sie mit den vielen Worten ihr „Nein" ihm verhüllen.

Heinz wußte es selbst nicht, daß ihm, während sie redete, einmal die Brauen zuckten. Der Chef, von dem sie was geschenkt nahm — sein Blick ging an ihr hin und her. Das Geschäftsfräulein sah man ihr nicht an. Sie hätte ebensogut eine junge Dame sein können, nur daß bei denen dieser holde Reiz nicht zu finden war, der sie umgab.

„Ich muß Ihnen etwas sagen, Adele, das ich Ihnen hier so mitten auf der Straße nicht sagen kann."

Wieder der seltsam ernste Klang in seiner Stimme. Da sanken ihr die langen, schwarzen Wimpern über die leuchtenden Augen herab, legten sich wie dunkle Schatten über die leicht verblassenden Wangen, und ihre Füße wandten sich der Richtung des Englischen Gartens zu.

Sein dankender Blick traf nur ihre gesenkten Lider. Er war nie so recht mit sich ins reine gekommen, wie er sie wohl am lieblichsten fand: wenn sie die braunen Augen aufschlug, so groß und staunend, als ob sie ringsum lauter Wunder schaue, oder wenn sich ihr goldenes Leuchten hinter den weißen Lidern verbarg und die seidenen Wimperschleier liebkosend über den rosigen Wangen zitterten. Jetzt dünkte es ihm, als wäre sie am anmutvollsten mit dieser sich selbst verbergenden Scheu.

Sie redeten nicht mehr, schritten schweigend nebeneinander dahin. Ein paarmal war Adele von ihm hinweg zu der Häuserreihe hinüber gebogen, daß es nicht gar so zusammengehörig aussehe, doch er trat stets nur dichter an sie heran. Da suchte sie nicht mehr von ihm zurückzuweichen. Es begegneten ihnen ja auch nur wenig Menschen in der stillen Straße, die nur einen Durchgang bildete. Ihren Blumenreichtum, den sie zuvor fast prunkend, mit liebevoller Sorgfalt getragen, hielt sie jetzt zu einem festen Strauß zusammengerafft; hin und her fiel eine Blüte daraus zu Boden, sie achtete nicht darauf. So kamen sie zum Englischen Garten hinüber. Es war der nördliche, wildere Teil, der weniger von Spaziergängern belebt war als die sorgfältig gepflegte Südhälfte. Der schmale, rechts und links von hohem Buschwerk bestandene Weg, in den Heinz jetzt einbog, war völlig menschenleer. Ein paar Schritte tat er noch; dann blieb er, hart den Fuß aufsetzend, mit einem Ruck stehen.

„Ich muß Ihnen Lebewohl sagen, Adele."

Die Zähne hatten sich ihm unter seinen Worten kaum voneinander gelöst.

Ihr gesenkter Kopf neigte sich noch tiefer. Sie hatte gewußt, daß es das sein würde, was er ihr sagen wollte. Nun überraschte es sie nicht, aber sie hatte auf einmal ein Gefühl, als zitterten ihr die Knie, als beginne unter ihr die Erde leise zu schwanken. Ein paarmal bewegten sich lautlos ihre Lippen, bevor sie kaum hörbar fragte:

„Sie gehen fort, sind versetzt worden?"

Er sah sie nicht an. An ihr vorbei strich sein Blick hin über das bunt sich färbende Laub.

„Lebewohl muß ich Ihnen sagen," wiederholte er noch einmal. Und dann, noch immer ohne sie anzusehen, faßte er mit sanftem Druck ihre Hand.

„Liebe, kleine Adele" —

Die kinderkleine Hand bebte nicht, sie lag wie leblos in der seinen, fiel matt herab, als er sie wieder freigab. Und abermals klang die kaum vernehmbare Stimme:

„Wann gehen Sie denn fort?"

(Fortsetzung folgt.)